

# Tritte gegen die Tasche

Der deutsche Konvertit Marco G. wird wegen des Anschlagversuchs im Bonner Hauptbahnhof angeklagt – womöglich verhinderten Passanten durch Zufall eine Explosion.

langt man ihm ab, sich für mehr Transparenz zu öffnen. „Jede öffentliche Einrichtung“, sagt Jens-Hermann Treuner, einer von Engels' Ehemaligen, „schuldet der Gesellschaft die detaillierte Darstellung ihrer Kostenwirksamkeit.“

Stattdessen mauert sich die Behörde ein; wie sehr, zeigt der Fall des freien Journalisten Stefan Loipfinger, der sich für die Auslandsarbeit der parteinahen Stiftungen interessierte. 2008 beantragte er deshalb beim Bundesrechnungshof die Einsicht in entsprechende Prüfberichte.

Der BRH aber verweigerte die Herausgabe der Berichte. Die geprüften Stellen seien womöglich nicht mehr zur „vertraulichen Zusammenarbeit“ bereit, wenn sie befürchten müssten, dass die Ergebnisse der Prüfung öffentlich würden. Auch mit der richterlichen Unabhängigkeit sei solcherart Transparenz nicht vereinbar, so die Version vor Gericht. Loipfinger erhielt aber auch zwei anonyme Schreiben, die offenbar aus der Behörde stammten – mit der Bitte, an der Sache dranzubleiben.

Das tat er. Der Journalist klagte, und am Ende landete der Fall im November 2012 beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Den Richtern rang die Argumentation der Beamten vom Rhein nur ungläubiges Staunen ab. Prüfer, die auf Zusammenarbeit mit den Geprüften angewiesen sind? Das fanden sie wenig überzeugend. Vielmehr sei auch der BRH gegenüber dem Journalisten „grundsätzlich auskunftspflichtig“.

Der Deutsche Bundestag sprang prompt dem BRH bei. Und half, das vom Gericht aufgestoßene Tor wieder zu schließen. Im vergangenen Sommer änderten die Abgeordneten einfach die Bundeshaushaltsordnung. Dort wird klargestellt, dass „Zugang zu den zur Prüfungs- und Beratungstätigkeit geführten Akten nicht gewährt“ wird. Die Entscheidung, was öffentlich wird, trifft nun der Rechnungshof allein. Er könne „Dritten“ Einblick in abgeschlossene Prüfergebnisse gewähren, heißt es. Für Engels und seinen Nachfolger eine bequeme Situation: Sie dürfen – in guter alter preußischer Manier – frei entscheiden, was das Volk erfahren darf.

Dass es auch anders geht, zeigt ein Blick über die Grenzen. In anderen Ländern ist es inzwischen üblich, sämtliche Prüfergebnisse im Internet zu veröffentlichen, etwa in Österreich. „Transparenz ist für uns ganz wichtig“, betont Josef Moser, Rechnungshof-Präsident in Wien. Dass die geprüften Behörden wegen der Veröffentlichung weniger offen sind, hat er nicht festgestellt.

Moser meint es mit der demokratischen Herausforderung offenbar ernst: Er hat eigens eine Redaktionsabteilung eingerichtet, die den Prüfern hilft, ihre Schriften so zu formulieren, dass sie jeder Bürger versteht.

MICHAEL FRÖHLINGSDORF,  
ALFRED WEINZIERL

Er schaltete sein Mobiltelefon um 12.30 Uhr aus, vermutlich um seine Spur zu verwischen. Doch bereits 17 Minuten später filmte ihn die erste Überwachungskamera. Marco G. trug eine beigefarbene Jacke und hatte eine schwarze Mütze ins Gesicht gezogen, in der Hand hielt er eine blaue Sporttasche. Die Ermittler konnten rekonstruieren, dass er den Bonner Hauptbahnhof am 10. Dezember 2012 durch das Untergeschoss betrat, hinaufging in die McDonald's-Filiale neben Gleis 1, sich dort kurz umschaute und den Bahnhof wieder verließ. Auf der Überwachungskamera des Schnellrestaurants ist die Tasche gut zu erkennen.

Wenige Minuten später, davon sind die Ermittler überzeugt, sei G. wiedergekommen und habe die Tasche unter einer

sahen ebenfalls die Drähte. In dem Moment rückte schon die Polizei an.

Womöglich haben der Passant und die beiden Schüler mit ihren unbedachten Tritten eine tödliche Explosion verhindert. Nach rund 15 Monaten Ermittlungsarbeit des Bundeskriminalamts und anderer Behörden ist sich die Bundesanwaltschaft nun sicher: Die Bombe, die Marco G. am Bonner Hauptbahnhof abgestellt haben soll, war zündfähig. In der vergangenen Woche erhoben die Bundesanwälte Anklage gegen den 26-jährigen Konvertiten unter anderem wegen „versuchten Mordes und des Versuchs der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion“.

Und G. soll noch weitere schwere Verbrechen vorbereitet haben. Die Ermittler werfen ihm vor, zusammen mit drei Komplizen geplant zu haben, Funktionäre der



Polizeifoto der Bombentasche, Überwachungsvideo: Unter einer Bank an Gleis 1 abgestellt

Bank an Gleis 1 abgestellt. Dann sei er verschwunden. Kurz darauf bemerkte ein Passant das herrenlose Gepäckstück, zog es unter der Bank hervor, trat einige Male dagegen und öffnete es dann. Als er darin Drähte sah, erschrak er und lief zum Informationsschalter, um vor der Tasche zu warnen.

In diesen Minuten, so behaupteten zwei Teenager später, habe ihnen ein dunkelhäutiger Mann die Tasche vor die Füße geschoben. Die beiden Schüler waren wegen einer Freistunde im Bahnhof, sie traten dann prüfend gegen das blaue Gepäckstück. Dann schauten sie hinein und

rechtsextremen Partei Pro NRW zu töten, unter anderen deren Vorsitzenden Markus Beisicht. Alle vier sind wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung angeklagt. Es ist laut Bundesanwaltschaft das erste Mal, dass eine rein inländische islamistische Terrorgruppe in Deutschland vor Gericht gebracht werden soll.

Der Deutsche Marco G. war seinen Nachbarn im Hochhaus des Bonner Stadtteils Tannenbusch als guter Muslim bekannt. Er sei freundlich und zurückhaltend gewesen, er habe sogar den Aufzug geputzt, wenn der mal wieder verreckt gewesen sei. G. war zum Islam konvertiert



FOTOCREDIT

Polizisten bei der Spurensicherung im Bonner Bahnhof 2012: Drähte nicht verlötet

und hatte fließend Arabisch gelernt, das fiel seinen muslimischen Nachbarn auf. Seinem Sohn habe er einen arabischen Namen gegeben, mit seiner Freundin war er nach islamischem Recht verheiratet. Sie ging nur vollverschleiert aus der Wohnung, das registrierte man zwar in Tannenbusch, es war aber keine Besonderheit.

Bonn war im Mai 2012 Schauplatz einer Demonstration von Pro-NRW-Aktivisten mit Mohammed-Karikaturen vor einer islamistischen Akademie. Salafistische Gegendemonstranten gingen dabei auf Polizisten los, einer stach mit einem Messer auf zwei Beamte ein. Dieser Konflikt hat G. möglicherweise zu seinen Taten animiert. Jedenfalls soll er im Sommer mit Vorbereitungen für den Anschlag begonnen haben.

Im Internet besorgte er sich al-Qaidas Bauanleitung: „Baue eine Bombe in der Küche deiner Mutter!“ Und im Internet bestellte er wohl auch die weiteren Zutaten für den Sprengsatz: „Erich Schumms Brennstoff in Tablettenform“ ist zum Kochen beim Camping gedacht. Aber man kann, zusammen mit anderen Zutaten, daraus sogenannten Initialsprengstoff herstellen, der eine größere Ladung anderen Sprengstoffs zur Explosion bringt. G. bestellte dazu noch Dünger, der sich zu einem solchen Sekundärsprengstoff umwandeln lässt.

Zum Glück war G. handwerklich wenig begabt. Die Ermittler gehen davon aus, dass er die Zündkonstruktion ziemlich wackelig aus einem Wecker, Batterien, Gaskartuschen und einem mit Ammoniumnitrat gefüllten Metallrohr zusammenbastelte. Die Drähte zwischen den Elementen verlötete er nicht. Die Ermittler glauben deshalb, dass die Tritte gegen die Tasche den fragilen Zündmechanismus zerstört haben könnten.

Gewissheit darüber wird es vermutlich nie geben: Ein Bombenentschärfungskommando der Bundespolizei machte



FOTOS: SPIEGEL ONLINE

#### Beschuldigte Islamisten

*Sie legten fest, wer zuerst schießen sollte*

den Sprengsatz am Nachmittag des 10. Dezember mit einem Wasserstrahl unschädlich. Das war zwar als Gefahrenabwehr sinnvoll, aber schlecht für die Beweisführung vor Gericht. Ein Zünder oder Initialbrennstoff wurden in den Bombenresten nicht gefunden.

Den Ermittlern gelang es auch nicht, den anderen drei Mitgliedern der Zelle eine Beteiligung an dem versuchten Bombenattentat nachzuweisen. G. traf sich noch am Abend des fehlgeschlagenen Anschlags mit Enea B., einem Duisburger, der in Albanien als Polizist einer Eliteeinheit ausgebildet worden war. Einer der beiden telefonierte am selben Abend mit Tayfun S., der ebenfalls zu dem Komplott gehören soll. Das vierte Mitglied, Koray D., informierte sich im Internet ausführlich über den Anschlag.

Relativ bald nach der Tat gingen erste Hinweise auf G. als möglicher Attentäter

ein. Die Polizei bot daraufhin ihr gesamtes Arsenal an Überwachungstechnik gegen die Gruppe auf: Beamte hörten Telefone ab, verwanzten G.s Auto und brachten an mehreren Wagen Peilsender an. Bereits am 22. Dezember 2012, so die Ermittler, verabredete G. mit seinen Komplizen den Mord an Mitgliedern von Pro NRW.

Noch an Weihnachten kundschafteten die Männer einige Wohnorte aus und fertigten Listen mit Namen von möglichen Opfern an. Pro-NRW-Chef Beisicht sollte erschossen werden. Die Gruppe legte sogar fest, wer zuerst feuern sollte und wer, falls nötig, mit einer weiteren Waffe aushelfen würde.

Gut zwei Monate später registrierten die Fahnder Hinweise, dass die Tatpläne konkreter wurden. Alarmiert hörten sie, wie Marco G. sich am Telefon von seiner Mutter verabschiedete. Später quartierte er seine Lebensgefährtin und seinen Sohn aus der Wohnung aus.

In der Nacht auf den 13. März 2013 fuhren Marco G. und Enea B. in jenem Leverkusener Vorort herum, in dem Beisicht wohnt. Die Polizisten hörten mit, wie die beiden darüber schwadronierten, Beisicht umzubringen, heute oder morgen. Die Beamten entschieden sich zuzugreifen. Mit einem Linienbus blockierten sie die Straße, eine Spezialeinheit nahm die beiden fest.

Als Polizisten kurze Zeit später die Wohnung von G. aufsprengten, fanden sie dort eine Pistole der Marke Ceska, Schalldämpfer und Ammoniumnitrat. Die Substanz ähnelte der Mischung, die in der Bombe verwendet worden war.

Doch die entscheidenden Hinweise auf seine Beteiligung an dem Bombenanschlag gab G. den Ermittlern unfreiwillig selbst: Die Polizei hörte ein Gespräch ab, in dem er sich sorgte, man dürfe von ihm „kein Haar finden“. Tatsächlich aber entdeckten Kriminalisten am Wecker eine DNA-Spur von G.s Freundin und an dem Bombenrohr DNA seines Sohnes.

Noch aus der Untersuchungshaft heraus bat G. eine Sozialarbeiterin, seine Freundin vor Sprengstoff im Kühlschrank zu warnen. Daraufhin untersuchte die Polizei die Wohnung der Familie erneut – und fand im Kühlfach eine Substanz, die als Initialsprengstoff genutzt werden kann. Später stießen die Fahnder sogar auf jene Kleidungsstücke, die G. vermutlich trug, als die Überwachungskamera ihn erfasste.

Seit der Nacht vom 13. März 2013 sitzen die vier mutmaßlichen Terroristen in Untersuchungshaft. Keiner von ihnen hat sich bislang zu den Vorwürfen geäußert. Allerdings, so berichten Menschen, die im vergangenen Jahr mit ihnen zu tun hatten, sprächen sie oft davon, dass die weltliche Justiz für sie nicht zuständig sei. Einer habe gesagt: „Allah allein ist unser Richter.“

JÖRG DIEHL, FIDELIUS SCHMID